

Die Flüchtlings- und Asylproblematik

Das politische Thema Nummer 1, die Flüchtlingsproblematik, wurde aus der Sicht der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst behandelt. Wie es sich darstellt, sind die Verwaltungen der Länder und Kommunen am Limit. Bundespolizei und die Polizeien der Länder sind total überlastet. Der Deutsche Beamtenbund schätzt, dass ca. 20 000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst fehlen. Die dbb-Landesvorsitzende, Lilli Lenz, forderte bereits im September für Rheinland-Pfalz 1000 neue Stellen für die Beschäftigten in den Erstaufnahmeeinrichtungen, den Sozialämtern, den Ausländerbehörden, im Bildungsbereich und bei der Polizei. Es kann nicht sein, so die Landesvorsitzende, dass die Kolleginnen und Kollegen in dieser Lage allein gelassen werden.

Nach meiner persönlichen Meinung hat hier die Politik, ohne einzelne Namen zu nennen, versagt. In der flüchtlingsarmen Zeit hatte das Bundesamt für Migration bereits 275 000 unerledigte Verfahren angesammelt. Dadurch sind Wartezeiten von mehr als sechs Monaten entstanden, in denen Flüchtlinge und Asylbewerber versorgt werden müssen. Die Bitten des Präsidenten des Migrationsamtes auf mehr Personal sind ungehört verhallt und wurden der "schwarzen Null" des Haushaltes geopfert.

Ein weiterer gravierender Fehler war die Einladung an die syrischen Flüchtlinge nach Deutschland zu kommen, ohne vorher die anderen EU Staaten zu konsultieren. Beim EU-Flüchtlingsgipfel am vergangenen Wochenende in Luxemburg waren von den 28 Staaten gerade mal 9 anwesend. Die restlichen 19 Staaten sind an der Aufnahme von Flüchtlingen nicht interessiert oder lehnen sie sogar ab.

Die Flüchtlings- und Asylproblematik

Das politische Thema Nummer 1, die Flüchtlingsproblematik, wurde aus der Sicht der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst behandelt. Wie es sich darstellt, sind die Verwaltungen der Länder und Kommunen am Limit. Bundespolizei und die Polizeien der Länder sind total überlastet. Der Deutsche Beamtenbund schätzt, dass ca. 20 000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst fehlen. Die dbb-Landesvorsitzende, Lilli Lenz, forderte bereits im September für Rheinland-Pfalz 1000 neue Stellen für die Beschäftigten in den Erstaufnahmeeinrichtungen, den Sozialämtern, den Ausländerbehörden, im Bildungsbereich und bei der Polizei. Es kann nicht sein, so die Landesvorsitzende, dass die Kolleginnen und Kollegen in dieser Lage allein gelassen werden.

Nach meiner persönlichen Meinung hat hier die Politik, ohne einzelne Namen zu nennen, versagt. In der flüchtlingsarmen Zeit hatte das Bundesamt für Migration bereits 275 000 unerledigte Verfahren angesammelt. Dadurch sind Wartezeiten von mehr als sechs Monaten entstanden, in denen Flüchtlinge und Asylbewerber versorgt werden müssen. Die Bitten des Präsidenten des Migrationsamtes auf mehr Personal sind ungehört verhallt und wurden der "schwarzen Null" des Haushaltes geopfert.

Ein weiterer gravierender Fehler war die Einladung an die syrischen Flüchtlinge nach Deutschland zu kommen, ohne vorher die anderen EU Staaten zu konsultieren. Beim EU-Flüchtlingsgipfel am vergangenen Wochenende in Luxemburg waren von den 28 Staaten gerade mal 9 anwesend. Die restlichen 19 Staaten sind an der Aufnahme von Flüchtlingen nicht interessiert oder lehnen sie sogar ab.